

Jakob Mischke

GRENZÜBERSCHREITENDE KOOPERATION UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE KONTAKTE

Internationale Kooperation zwischen Nachbarstaaten findet auf vielen Ebenen statt. Neben Wirtschaftskontakten, die sich meist als Erstes bilden, spielen in einem immer mehr zusammenwachsenden Europa neben Konsultationen der Regierungen und Diplomaten die Förderung zivilgesellschaftlicher Kontakte stets eine wichtige Rolle, um eine dauerhafte und nachhaltige Zusammenarbeit durch den Abbau von Vorurteilen zu ermöglichen. Grundlage für die Entwicklung nachhaltiger Kontakte über Grenzen hinweg ist jedoch die Möglichkeit, frei reisen zu können. Untersuchungen zeigen, dass Verbesserungen im Visabereich nur schleppend vorankommen. In einem kurzen Überblick über die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland, Polen und der Ukraine soll gezeigt werden, dass sich negative Stereotypen mit der Zeit durch internationale Kooperation abbauen lassen können.

Grenzüberschreitende Kooperation und zivilgesellschaftliche Kontakte

Internationale Kooperation zwischen Nachbarstaaten findet auf vielen Ebenen statt. Neben Wirtschaftskontakten, die sich meist als Erstes bilden, spielen in einem immer mehr zusammenwachsenden Europa neben Konsultationen der Regierungen und Diplomaten die Förderung zivilgesellschaftlicher Kontakte stets eine wichtige Rolle, um eine dauerhafte und nachhaltige Zusammenarbeit durch den Abbau von Vorurteilen zu ermöglichen. In diesem Artikel soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland, Polen und der Ukraine gegeben werden. In diesem Kontext spielt auch die Visaproblematik eine wichtige Rolle.

Europäische Erfahrungen

Die europäische Integration anfangs im Bereich der Wirtschaft vorangetrieben. Die Entwicklung der Europäischen Union begann 1952 mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und führte zur Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft¹. 1968 fielen die letzten Binnenzölle der EU. Damit war sowohl eine Grundlage als auch eine Notwendigkeit für politische und gesellschaftliche europäische Integration gegeben: Durch den freien Warenverkehr kam es zu intensiviertem wirtschaftlichen Austausch und somit zu vermehrten Kontakten zwischen den Einwohnern der Mitgliedsstaaten, so dass man sich entschied, auch zivilgesellschaftlicher Kontakte als Unterstützung zu fördern.

Frankreich und Deutschland

1963 wurde der Deutsch-Französische Vertrag über Zusammenarbeit unterschrieben. Nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen und sich festsetzender deutsch-französischer Feindbilder wollte man damit nach einem gemeinsamen Weg suchen, Kriege zwischen den Nachbarländern in Zukunft zu verhindern. Neben der wirtschaftlichen Integration und staatlicher Kooperation spielten hier vor allem gesellschaftliche Initiativen eine wichtige Rolle². Politisch wurden diese Ideen in einem ersten Schritt durch die Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begründet. Durch diese 1951 ins Leben gerufene gemeinsame Verwaltung der Wirtschaft wurde eine weitere Integration Europas möglich. Die immer enger werdenden Beziehungen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene bedurften auch einer starken Untermauerung im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich. Im Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit spielten die kulturellen Beziehungen eine wichtige Rolle; so wurden Sprachunterricht, die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen und gemeinsame Forschungsprogramme beschlossen. In diesem Rahmen entstand eine Vielzahl gemeinsamer Projekte, angefangen mit gemeinsamen Deutsch-Französischen Schulen, über einen intensivierten Universitätsaustausch bis hin zu gemeinsamen Forschergruppen intensivierte sich die Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft. Das ebenfalls gegründete Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW)³ hat seit 1963 bereits 8 Millionen Menschen in beiden

¹ Menyesch, Dieter, Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland - Der schwierige Weg zur Partnerschaft, Berlin 1987, S. 32.

² Ebd. S. 32.

³ <http://www.dfjw.org>

Ländern die Möglichkeit gegeben, auf Workshops und Bildungsreisen das Nachbarland zu besuchen und Menschen kennen zu lernen. Nicht zuletzt im Rahmen der mehr als 2.200 Städtepartnerschaften wurden gemeinsame Projekte realisiert¹.

So konnten Feindbilder, die zu Kriegszeiten noch stark vertreten waren, über die Zeit lang Das deutsch-polnische Grenzgebiet als Sonderfall europäischer Regionalpolitik abgebaut werden. Die engen Kontakte zwischen Deutschland und Frankreich waren ein wichtiger Faktor um aufkommende Ängste, z.B. in Frankreich vor einer Wiedervereinigung und dem damit größer werdendem Deutschland 1989 abzubauen und eine gemeinsame Lösung für ein sicheres Europa zu finden.

Deutschland und Polen

Ebenso wie zwischen Deutschland und Frankreich war nach Kriegsende das deutsch-polnische Verhältnis schwer belastet. Während der Zeit des Kommunismus war der Austausch Polens mit beiden deutschen Staaten auf ein Minimum reduziert. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Öffnung der Grenzen gaben die Möglichkeit, stabile Beziehungen miteinander aufzunehmen. Diese Grenzen mussten jedoch zuerst offiziell anerkannt werden, was durch die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages 14.11.1990, und des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages vom 17.6. 1991 geschah². Auf Grundlage des Nachbarschaftsvertrages entstanden die Euroregionen Pomerania, Pro-Europa-Viadrina Spree-Neiße-Bober und Neiße-Nisa-Nysa, in denen grenzüberschreitende Projekte realisiert wurden. Außerdem wurden regelmäßige Regierungskonsultationen beider Länder einberufen. Als Pendant zum Deutsch-Französischen Jugendwerk wurde zeitgleich das Deutsch-Polnische Jugendwerk³ ins Leben gerufen, das seit 1991 bereits 2 Millionen Jugendliche aus Deutschland und Polen zusammenführte. An der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) studieren Deutsche und Polen gemeinsam⁴.

Trotz der intensiven Zusammenarbeit bleiben jedoch einige Stereotype hartnäckig bestehen. Viele Kontakte bleiben auf der Ebene des Handels und des kleinen Grenzverkehrs.

¹ Genauere Informationen unter: <http://www.dfjw.org/staedtepartnerschaften>

² Morhard Bettina: Das deutsch-polnische Grenzgebiet als Sonderfall europäischer Regionalpolitik, Berlin 2001, S.2

³ <http://www.dpjw.org>

⁴ <http://www.euv-frankfurt-o.de>

Polen – Ukraine

Auch im Verhältnis von Polen zur Ukraine hatte zu Beginn der Grenzhandel eine wichtige Bedeutung¹. Mit Einführung der Visumpflicht 2003 nahm dieser jedoch stark ab, obwohl sich die polnische Regierung stets um eine Erleichterung der Reisebedingungen bemühte.

Bis zu den Ereignissen der Orangen Revolution 2004 herrschte in der polnischen Bevölkerung ein eher negatives Ukrainebild². Dieses änderte sich erst infolge der Ereignisse auf dem Majdan, an denen auch viele junge Polen selbst teilnahmen.

In der Aufarbeitung schwieriger Abschnitte der gemeinsamen Geschichte zeigte sich, dass zivilgesellschaftliche Kontakte einen Beitrag zur Lösung leisten können. So half z.B. im Vorfeld der Einweihung eines polnischen Soldatenfriedhofs in Lemberg ein gemeinsamer Aufruf polnischer und ukrainischer Intellektueller, die festgefahrenen Positionen in dieser Frage zu mildern³.

Auffällig ist jedoch, dass vor allem in den Grenzgebieten die negativen Stereotypen über die Nachbarn überwiegen. Dies ist vor allem durch die schwierigen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit und die Ereignisse während des Krieges verursacht, die bisher erst schleppend im bilateralen Dialog aufgearbeitet werden⁴. Gerade auf diesem Feld ist eine Intensivierung persönlicher Kontakte dringend nötig.

Visumsprozess

Eine tragfähige Grundlage intensiver persönlicher Kontakte – sowohl zwischen Nachbarländern – als auch in einem weiteren Kontext in ganz Europa kann nur Reisefreiheit gewähren. Obwohl die Ukraine 2004 die Visumpflicht für Einwohner der Europäischen Union für Kurzreisen abgeschafft hat, benötigen Ukrainer für Reisen in die EU immer noch ein Visum. Dieser Prozess wird für die meisten Antragsteller zur Tortur. Einerseits wird aufgrund strenger Vorschriften der Schengenstaaten eine Vielzahl von Dokumenten verlangt, andererseits ist zumeist eine lange Reise in die Hauptstadt Kiew mit der Antragstellung verbunden.

Die Lage verbessert sich allerdings schrittweise; seit 2008 ist ein

¹ Lang, Kai-Olaf: Polen und die Ukraine – eine Strategische Partnerschaft? In: Makarska, Renata und Kerski, Basil (Hrsg.): Die Ukraine, Polen und Europa, Berlin 2004, S.33.

² Ebd. S. 39.

³ Ebd. S. 46.

⁴ Kerski, Basil: Polnisch-Ukrainische Beziehungen In: Makarska, Renata und Kerski, Basil (Hrsg.): Die Ukraine, Polen und Europa, Berlin 2004, S.56.

Visaabkommen in Kraft, das die Visavergabe erleichtert, Dauervisa werden häufiger ausgestellt. Gemäß offizieller statistischer Daten werden zehn Prozent aller Visa für den Schengenraum an Ukrainer vergeben. An Langzeitvisa hat Polen mit 87% am meisten vergeben und sich somit als „Fenster zu Europa“ positioniert¹. Betreffs der Ablehnungen von Visaanträgen zeigen sich ebenfalls die Nachbarländer der Ukraine, Slowakei, Polen und Ungarn am liberalsten; am häufigsten lehnen Deutschland und Spanien Visaanträge ab.

Mit der Verabschiedung eines Aktionsplanes für den visafreien Verkehr am 22. November 2010 gibt es nun eine konkrete Perspektive für die Abschaffung der Visapflicht. In diesem Aktionsplan hat die EU der Ukraine eine Reihe technischer Anforderungen gestellt, die sie erfüllen muss, um Visafreiheit für ihre Bürger zu erlangen². Da allerdings noch keine genauen Termine genannt werden, ist zu befürchten, dass noch eine lange Zeit zu warten ist.

Schluss

Beispiele erfolgreicher Zusammenarbeit über Grenzen hinweg zeigen, dass persönliche Kontakte helfen können, Stereotypen über das jeweilige Nachbarland abgebaut werden können. Elementare Voraussetzung ist dafür jedoch die Möglichkeit, frei zu reisen. Als weiterer Schritt sind jedoch auch Programme nötig, um den gegenseitigen Dialog zu stärken und infolge dessen Vorurteile abbauen zu können. Allerdings kann es mehr als eine Generation dauern, bis die Vorurteile soweit abgebaut sind, dass die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Zivilgesellschaft helfen können, stabile gute Beziehungen zu garantieren.

¹ Oleksandr Sushko, „Ukrajina na visovij karti Evropy“, Dzerkalo tyzhnja, 24.09.2010.

² http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/117912.pdf